

Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift
Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft
Band: 165 (1999)
Heft: 3

Rubrik: Forum

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 29.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

«Die Zukunft der Artillerie im Gebirge»

(«ASMZ» 1/99)

Allen Ernstes wird aus Kreisen des GebAK3 der Einbau weiterer Bison-Geschütze sowie lufttransportierte Artillerie postuliert. Wir müssen uns ernsthaft fragen, ob im GebAK3 die Uhren endgültig stehen geblieben sind und man dort etwa weder die geostrategischen Veränderungen in Europa noch die Neukonzeption unserer Sicherheitspolitik zur Kenntnis genommen hat. Die Szenarien vom 1. und 2. Weltkrieg mit Revidenken sollten endlich definitiv in die Mottenkiste unserer Militärgeschichte eingesperrt werden.

Schon als früherer Artilleriechef des FAK4 hatte ich mich des Einbaus von Bison-Geschützen in der Ostschweiz zu erwehren, weshalb ich bei der Lektüre der jüngsten Artillerie-Postulate aus dem GebAK3 vorerst einen schlechten Traum zu träumen glaubte.

Wenn wir gemessen an den beschränkten finanziellen Ressourcen (Stabilisierungsprogramm des Bundes) einerseits sowie den neuen sicherheitspolitischen Aufgaben für unsere Armee (Sicherheitspolitische Richtlinien des Bundesrates als Vorgabe für die Armee 21), andererseits in Öffentlichkeit und Politik die Glaubwürdigkeit unserer Armee erhalten wollen, müssen solcherart Postulate, welche der Denkweise einer längst überholten Epoche entspringen, ignoriert werden.

Oberst iGst Hans-Jacob Heitz
8411 Winterthur

Bedrohung, Sicherheit und Stabilität

(hb) Zur Zeit des kalten Krieges stand der Warschauer Pakt der NATO gegenüber. Wie man heute weiss, war der Warschauer Pakt hoch gerüstet und mit hoher Alarmbereitschaft innerhalb kürzester Zeit einsatzbereit. In Grenznähe zu westlichen Staaten gab es Truppen, deren Panzer bereits aufmunitioniert waren und deren Soldaten täglich Bereitschaft hatten. Nun gehört die Gefahr eines solchen Konfliktes vorerst einmal der Vergangenheit an. Braucht man nun kein bewaffnetes Staatsinstrumentarium

mehr? Die Antwort ist: Selbstverständlich ist nach wie vor ein ausreichender Aufwand für Sicherheit und Stabilität durch alle Staaten zu tätigen.

Es ist nicht notwendig, aktuell bedroht zu werden, um sich ein Verteidigungsinstrument zu leisten, sondern es ist eine Versicherung, so wie man sich eine Feuerwehr leistet, für den Fall des Falles, und das nennt man dann auch Beitrag zur Stabilität.

ÖOG-INFO,
wehrpolitische Information
der Österreichischen
Offiziersgesellschaft

Zum Editorial ASMZ 12/98

Ihr flammendes «Bekenntnis zur Armee» bringt wenig Licht ins Dunkel des Versagens unserer hohen Offiziere bei der Verteidigung der existentiellen Grundlagen unserer Milizarmee. Ich teile Ihre Ansichten. Aber es wird Ihnen nicht gelingen, Ihre Ranges-Kameraden mit Ihrem Appell bei der Ehre zu packen.

Selber Unteroffizier und während acht Jahren als juristischer Sekretär der Militärdirektion des Kantons Zürich habe ich zu spüren bekommen, dass Offiziersein nurmehr bedeutet, Funktionsträger innerhalb des Sonderstatus «Armee» zu sein und dass die selbstverständliche Scharnierfunktion zur Bevölkerung zu einem «Salongebaren» bei militärischen Anlässen verkümmert ist. Das politische Eis ist dünn geworden. Warum sollen die Miliz- oder Berufsoffiziere ihren «Grind» für etwas hinhalten, wofür sich ihre «bürgerlich» politisierenden Standeskameraden in den Parlamenten überhaupt nicht einsetzen? Zäumen Sie das leider bald haarlose Ross etwa nicht am Schwanz auf?

Alle wir, die wir für unser Milizsystem eintreten, die davor warnen, unser Wehrwesen noch vollständig vor die Hunde gehen zu lassen, wissen, dass eine Milizarmee die entscheidenden Impulse von seiten der Politik und damit von der Stimmung im Land erfährt. Solange auf dieser letzteren Ebene weiterhin viel gutes Wasser für eine breitgetragene militärische Landesverteidigung ins Nichts abgelenkt wird, stehen Ihnen trotz Ihres gutgemeinten Appells kaum weitere Offiziere für Ihr Anliegen mutig zur Seite. Denn

Motion zur Schaffung der gesetzlichen Grundlagen zwecks Einführung eines Assistenzdienstes auf Zeit (Zeitdienst)

Die Anforderungen an die Armee im Rahmen des Assistenzdienstes zugunsten ziviler Behörden steigen laufend. Die Folge ist ein zunehmender Konflikt zwischen der zeitlichen Verfügbarkeit der Truppe und den spezifischen Bedürfnissen der zivilen Auftraggeber. Über die von mir in der Dezembersession eingereichte Motion sollen die gesetzlichen Grundlagen zur Einführung eines Assistenzdienstes auf Zeit (Zeitdienst) geschaffen werden, womit dem Konflikt unterschiedlicher Ansprüche und Möglichkeiten entgegengetreten und den verbandsspezifischen Ausbildungsbedürfnissen der Truppe wieder vermehrt Rechnung getragen werden kann.

Der Bundesrat wird beauftragt, die gesetzlichen Voraussetzungen zu schaffen, damit im Rahmen des Assistenzdienstes der Armee ein freiwilliger, auf die Dienstzeit nicht anrechenbarer militärischer Einsatz auf Zeit (Zeitdienst) ermöglicht werden kann. Die Entschädigung der Zeitsoldaten im Assistenzdienst hat sich sachgerecht nach der geltenden Besoldungsordnung des Bundes zu richten.

Da der Assistenzdienst gemäss Militärgesetz zugunsten einer zivilen Behörde erbracht wird, schlägt die eingereichte Motion eine funktionsabhängige Besoldung der Zeitsoldaten entsprechend der gültigen Besoldungsordnung des Bundes vor.

Peter Weigelt
Nationalrat FDP
9015 St. Gallen

die sind alle vielmehr Bürger als Soldaten. Die mehrheitliche bürgerliche Politik und ihre sogenannten «militärischen» Exponenten lassen das weiterhin zu.

Antonio Scherrer
8803 Rüschlikon

«Moderne Sicherheitspolitik – sind wir auf dem richtigen Weg?»

«Wir sind von Freunden umzingelt», stellt Dr. T. Winkler, Mitarbeiter im VBS in seinem Artikel in der ASMZ 12/98 fest, und «die Sowjet-Panzer sind verschrottet». Grund für das VBS, den Bericht der Studienkommission Brunner einmal mehr zur Leitlinie zu erklären. Die Fixierung des VBS auf das Ziel internationaler Einsätze unserer Armee scheint den Blick für laufende bedrohliche Entwicklung in gefährlicher Weise zu trüben. Dass Russland alte Bestände an Panzern und Kriegsschiffen verrotten lässt, ist nur Beweis dafür, dass Russland bezüglich Entsorgung andere Bräuche kennt als wir Schweizer. Doch Russland setzt andere Prioritäten. Die Entwicklung neuer Waffen ist voll im Gange, und Primakow verspricht die Steigerung der Verteidigungs-

ausgaben. Auch wenn der Bericht Brunner diese mögliche Bedrohung bagatellisiert, **das VBS hat den Auftrag, sich auf solche Entwicklungen vorzubereiten.** In Fragen der Sicherheitspolitik darf man sich nicht von Wunschvorstellungen leiten lassen. In Murmansk liegen tausende Brennstäbe in U-Booten endgelagert. Unser wirksamer Schutz gegen diese Bedrohung ist ein leistungsfähiger Zivilschutz. In Deutschland haben Terroristen Bahnlinien beschädigt, mit Drohungen ganze Bahnhöfe stillgelegt und den Einsatz eines Heeres von Polizisten und Grenzschutztruppen herausgefordert. Ähnliches hat die Schweiz mit dem Gotthardtunnel erlebt. Und wenn die Bombendrohung unserem ganzen Eisenbahnnetz gegolten hätte? Da Bewachungsaufgaben äusserst personalintensiv sein können, ist eine auch zahlenmässig starke Armee unabdingbar. Auffallend ist, dass die Studienkommission Brunner zwar auf diese verschiedenen Bedrohungen hinweist, aber in dieser Hinsicht die Konsequenzen daraus nicht zieht. Es macht den Eindruck, als ob man mit dem Abbau der Bestände mehr Mittel für internationale Verpflichtungen frei machen möchte.

Jakob Streiff-Schmid
8607 Seegraben